

# QUARTALSBERICHT

**Projektländer: Ghana, Benin, Burkina Faso, Togo**

**Quartal/Jahr: II/2011**

## **GHANA - SCHLAGZEILEN**

- 1. Kurzes Treffen zwischen VN-Generalsekretär Ban Ki-Moon und John Atta Mills in Accra**
- 2. Vorwahlen zu den Präsidentschaftswahlen (Dezember 2012) / Spaltung der Regierungspartei NDC**
- 3. Arbeitskräfte für die Erdölbranche**
- 4. Machbarkeitsstudie für den Bau einer zweiten Erdölraffinerie**
- 5. Bau eines Atomreaktors zur Sicherung der Stromversorgung**
- 6. Zusammenarbeit mit der Republik China, der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds**
- 7. Zusammenarbeit mit Norwegen und der Türkei**
- 8. Privater Geldtransfer aus dem Ausland wieder im Steigen**
- 9. Staatliches Defizit im Jahr 2010**
- 10. Inflationsrate sinkt weiter**
- 11. Erleichterung der Abwicklung chinesischer Projekte**
- 12. Umweltsteuer auf Plastiktüten und -verpackungen**
- 13. Sozialer Wohnungsbau**
- 14. Flüchtlinge aus der Elfenbeinküste**

Anlässlich seiner Reise in die Elfenbeinküste zur feierlichen Investitur des ivoirischen Staatspräsidenten Alassane Ouattara am 21. Mai traf der VN-Generalsekretär Ban Ki-Moon am Flughafen von Accra kurz mit Präsident John Atta Mills zusammen, den er bei dieser Gelegenheit als den „besten Leader des Kontinents“ und als „positives Beispiel bei seinen Bemühungen um die Konsolidierung des Friedens in Afrika“ bezeichnete. Auch Mills nahm an der feierlichen Amtseinführung in Abidjan teil.

Mitte April legte Frau Agyeman Konadu Rawlings, Ehefrau des ehemaligen Staatschefs und Parteigründers Jerry John Rawlings, ihr Amt als Vizepräsidentin der Regierungs-

partei NDC nieder und bestätigte so die seit einiger Zeit anhaltenden Gerüchte, bei den Vorwahlen Anfang Juli zur Bestimmung des offiziellen Präsidentschaftskandidaten der Partei, bei denen sich auch der amtierende Staatspräsident John Atta Mills erneut zur Wahl stellt, kandidieren zu wollen. Ein dritter Kandidat, Dr. Spio-Garbrah, bei den Vorwahlen 2007 Mills nur knapp unterlegen, zog sich zwischenzeitlich wieder zurück. In der Regierungspartei, die in die beiden Lager GAME (Get Atta Mills Endorsed) und FONKAR (Friends of Nana Konadu Agyeman-Rawlings) gespalten ist, bestehen erhebliche Spannungen.

Auch die großen Oppositionsparteien bereiten sich auf Vorwahlen vor. So richtete die ‚New Patriotic Party‘ (NPP) ein ‚Campaign Advisory Board‘ unter Vorsitz des ehemaligen Staatspräsidenten John Kufuor und dessen Vizepräsidenten Aliu Mahama ein. Bei der ‚Conventions People’s Party‘ (CPP), die ihre Vorwahlen Ende September plant, rechnet man mit vier Kandidaturen, darunter Frau Samia Nkrumah, Tochter des ehemaligen Staatspräsidenten Kwame Nkrumah.

Um den steigenden Bedarf an Arbeitskräften, insbesondere in der Erdölbranche, zu decken, sollen rund 5.000 Jugendliche, u.a. durch das ‚Nationale Beschäftigungsprogramm für Jugendliche‘ (NYEP), spezielle Fortbildungen in Marketing, Management u.ä. erhalten, die Kosten für das Vorhaben werden mit 1.400 bis 2.800 GHS (ca. 700-1.400 EUR) pro Person angegeben.

Das südafrikanische Unternehmen ‚Alpha Refinery Ghana‘ führt derzeit eine Machbarkeitsstudie durch für den Bau einer zweiten Erdölraffinerie im Westen des Landes mit einer Kapazität von 200.000 Barrel pro Tag, viermal höher als die der Raffinerie von Tema.

Trotz der jüngsten Ereignisse in Japan sprach sich die ghanaische Kommission für Atomenergie (GAEC) für den Bau von Atomreaktoren in Ghana aus. Nach ihren Aussagen sei der künftige Energiebedarf des Landes nur so zu decken. Der Bau eines Reaktors (1.000 Megawatt) mit geschätzten Gesamtkosten von 1,5 Mrd. USD ist für das Jahr 2018 geplant.

Die diesjährige Kakaoernte war mit über 903.600 Tonnen um 55% höher als im vergangenen Jahr und stellt einen absoluten Rekord dar. Da damit die Zielsetzung für das laufende Jahr (850.000 bis 920.000 Tonnen) erreicht wurde, können im folgenden Jahr möglicherweise die seit Jahren anvisierten 1 Mio. Tonnen produziert werden.

Von einer Anleihe in der Gesamthöhe von neun Mrd. USD bei der Republik China zur Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen wurde seitens der Internationalen Chinesischen Bank eine erste Rate in Höhe von drei Mrd. USD bereitgestellt. Die Weltbank stimmte einer Anleihe von insgesamt 295 Mio. USD für drei Vorhaben, u.a. in den Bereichen Fortbildung der Arbeitnehmerschaft und Verbesserungen bei der Dezentralisierung des öffentlichen Finanzwesens, zu. Der Internationale Währungsfonds gewähr-

te dem Land Ende Mai ein Darlehen von 94,3 Mio. USD im Rahmen von Erleichterungen bei Krediterweiterungen, die Gesamtsumme des Programms beläuft sich derzeit auf insgesamt 330,3 Mio. USD.

Ende März wurde mit dem Bau einer Straße in den Regionen Western, Zentrum und Brong Afaho begonnen, ein durch den Europäischen Entwicklungsfonds finanziertes Vorhaben in Höhe von 63 Mio. USD.

Der private Geldtransfer aus der ghanaischen Diaspora ins Heimatland war im Jahr 2010, aufgrund der weltweiten Krise, von 1,3 Mrd. USD auf 1,2 Mrd. USD gefallen und scheint nun wieder im Steigen begriffen. So sollen im ersten Quartal 2011 bereits 637,8 Mio. USD (gleiche Periode Vorjahr: 449 Mio. USD) aus dem Ausland nach Ghana überwiesen worden sein.

Nach den vom ghanaischen Wirtschafts- und Finanzministerium veröffentlichten Zahlen soll das staatliche Defizit im vergangenen Jahr (2010) über 3 Mrd. USD betragen haben, dies entspreche 6,8% des BSP, die Staatsschulden betrügen 2,1 Mrd. USD, es bestünden rund 1,2 Mrd. USD Zahlungsrückstände gegenüber den Gebern.

Die Inflationsrate ging von 9,13% (März) im April auf 9,02% und im Mai auf 8,9% weiter zurück. Nach Aussagen der ghanaischen Zentralbank wird es für durchaus möglich angesehen, die Quote um 9% bis Jahresende halten zu können.

Das panafrikanische Geldinstitut ‚ECOBANK‘ mit Sitz in Togo eröffnete, aufgrund der zunehmenden Geschäftsbeziehungen mit der Republik China, in Accra einen Sonder-schalter. Zu den Aufgaben des Schalters, der sowohl mit eigenen als auch Angestellten der ‚Bank of China‘ besetzt ist, gehört vorrangig die Erleichterung der Abwicklung chinesischer Projekte in Ghana und in den Nachbarländern Liberia und Sierra Leone.

Anlässlich des Besuchs des norwegischen Thronfolgers Mitte April in Ghana kündigte dieser die Bereitschaft seines Landes an, Ghana mit 6,5 Mio. USD, bei der Erdölförderung, insbesondere bei dem dabei anfallenden Umweltschutz, zu unterstützen. Anlässlich des offiziellen Besuchs des türkischen Staatspräsidenten Abdullah Gül in Ghana Ende März wurden, wie offiziell mitgeteilt wurde, fünf bilaterale Abkommen zwischen den beiden Ländern, u.a. in den Sektoren Flugverkehr, Gesundheit, Fortbildung von militärischem Personal, Wissenschaft und Technik geschlossen.

Während in mehreren afrikanischen Ländern Plastiktüten bereits verboten sind, führte die ghanaische Regierung eine Umweltsteuer von 20% für die Industriebetriebe, die Plastiktüten oder andere Plastikverpackungen benutzen, ein. Der Privatsektor trat daraufhin in Verhandlungen mit dem Ziel der Rücknahme oder zumindest Reduzierung der Steuer.

Experten der VN-Organisation ‚Habitat‘ machten anlässlich eines Treffens in Ghana deutlich, dass aktuell rund 1,5 Mio. Wohnungen fehlten, Tendenz weiter steigend, falls die Programme für sozialen Wohnungsbau nicht schneller umgesetzt würden.

Nachdem Anfang April täglich noch 200 bis 300 Personen im Flüchtlingslager Ampain an der Grenze zur Elfenbeinküste ankamen, hatte das Lager mit rund 2.300 Personen seine maximale Auslastung (2.000 Personen in 400 Zelten) längst überschritten, die hygienischen Bedingungen wurden problematisch. Mit der weitgehenden Beilegung der Nachwahl-Konfliktsituation verminderte sich inzwischen die Anzahl der Flüchtlinge erheblich.

## **BENIN – SCHLAGZEILEN**

- 1. Offizielle Verkündung des Ergebnisses der Präsidentschaftswahlen und Amtseinführung des Staatspräsidenten**
- 2. Sieg der regierungsfreundlichen Parteien bei den Parlamentswahlen**
- 3. Wechsel der Oppositionspartei ‚RB‘ in das Regierungslager und deren Ausschluss aus dem Oppositionsbündnis**
- 4. Streik in der beninischen Verwaltung nicht beigelegt**

Die Wiederwahl des beninischen Staatspräsidenten Boni Yayi Mitte März mit über 50% der Stimmen im ersten Wahlgang wurde am 30.03. vom Verfassungsgericht bestätigt. Obwohl einige Kandidaten das Wahlergebnis offiziell angefochten und auf massiven Wahlbetrug hingewiesen hatten und Organisationen der Zivilgesellschaft bei Parallelauszählungen auf Differenzen und Defizite aufmerksam machten, lehnte der Gerichtshof alle Einsprüche als nicht ausreichend und mit der Begründung ab, er selbst stelle Unregelmäßigkeiten vor Ort fest. Anfang April kam es zu Protestkundgebungen, vor allem in den Städten Porto Novo und Cotonou, die allerdings umgehend mit Tränengas aufgelöst wurden, es gab Verletzte und Sachschaden.

Zu den ersten Gratulanten nach dem Wahlsieg gehörten der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy sowie José Manuel Durao Barroso, Vorsitzender der EU-Kommission, der insbesondere hervorhob, dass er über das zur Anwendung gebrachte digitale Wählerverzeichnis erfreut sei, dies stelle „einen echten Fortschritt für die Demokratie“ dar. Die feierliche Amtseinführung des Staatspräsidenten fand, verfassungskonform, am 06.04. statt.

Zwischenzeitlich nahm die Nationale Unabhängige Wahlkommission (CENA) die Kandidaturen für die Wahl der insgesamt 83 Parlamentarier entgegen, die zunächst am 17.04. geplant war, dann auf den 30.04. (letztes mögliches Datum) verschoben wurde. Der Forderung des Präsidentschaftskandidaten Bio Abdoulay Tchané, das vorgesehene

Audit des Wählerverzeichnisses noch vor diesem Wahlgang durchzuführen, wurde nicht stattgegeben.

Auch bei diesen Wahlen trug Staatspräsident Boni Yayi den Sieg davon, die regierungstreue Parteikoalition ‚FCBE‘ erhielt mit 41 Sitzen die Mehrheit, die Oppositionskoalition ‚UN‘ erhielt 31 Sitze. Die Wahlbeteiligung war allerdings mit weniger als 50% der eingetragenen Wähler nicht allzu hoch.

Bei der Wahl des Parlamentsvorstands am 20.05. wurden vorhandene, grundlegende Unstimmigkeiten in der Oppositionskoalition ‚UN‘ offenbar, als eine ihrer wichtigsten Komponenten, die Partei ‚Renaissance du Bénin‘ (RB/ Partei des amtierenden Bürgermeisters von Cotonou und ehemaligen Staatspräsidenten Nicéphore Soglo) trotz des Widerstands der übrigen Koalitionsmitglieder, in den Parlamentsvorstand eintrat. Als einen Monat später, am 20.06. offiziell bekannt wurde, dass die ‚RB‘, nach Verhandlungen mit dem Staatspräsidenten, zu den regierungsfreundlichen Parteien übergetreten ist, wurde sie aus dem Oppositionsbündnis, zu dessen Schaffung sie nicht unwesentlich beigetragen hatte, ausgeschlossen.

Die Leitlinie der zweiten Amtszeit des Regierungschefs ist „grundlegende Erneuerung“. Einem seiner Wahlversprechen folgend, die Staatsausgaben zu reduzieren, entließ Boni Yayi im April alle seine Ratgeber, um sich mit einem „kompetenteren Team“ zu umgeben.

Am 31.05. wurde die Zusammensetzung der neuen Regierung bekannt gegeben, wobei, in der Schaffung des in der Verfassung nicht vorgesehenen Postens eines Premierministers, ein weiteres Wahlversprechen umgesetzt wurde. Das Amt wurde mit dem bisherigen Staatsminister für Prospektive, Entwicklung und Koordination der Regierungsaktivitäten, Pascal Irénée Koupaki, besetzt, der auch bei der Opposition durchaus geschätzt ist. Wie Beobachter bemerkten, habe er bereits seit 2006 (1. Mandat) bei oft wechselnden Regierungen durchgehend eine Schlüsselposition eingenommen und bereits seit geraumer Zeit eine der Funktionen eines Premierministers (Koordination der Regierungsaktivitäten) erfüllt. Der Staatspräsident behielt sich allerdings die Ernennung der 25 übrigen Regierungsmitglieder vor.

Mitte Juni nahm Boni Yayi öffentlich zu den bereits seit Wochen andauernden Streiks in der beninischen Verwaltung Stellung. Die ‚Koalition der Gewerkschaften der öffentlichen Verwaltung‘, eine neu formierte Dachgewerkschaft, hatte mit weiteren Streiks gedroht. In seiner über Rundfunk und Fernsehen übertragenen Rede drohte der Staatspräsident mit Entlassungen und Gehaltskürzungen falls die, wie er sie bezeichnete, „illegalen und unangemessenen Arbeitsniederlegungen“ weitergingen.

Die Streikenden verlangen eine Harmonisierung der Gehälter im öffentlichen Dienst, die den Beamten des Finanzministeriums bereits zugestandene Gehaltserhöhung solle für alle gelten. Von Regierungsseite wird dagegen argumentiert, dass das bei 35%

festgelegte Verhältnis Staatseinnahmen / Personalausgaben sich auf 49% erhöhen würde, was wiederum die Geberorganisationen nicht akzeptieren könnten. Dagegen steht das Argument der Gewerkschaftsverbände, die darauf hinweisen, dass ein großer Teil der Ausgaben durch die hohe Zahl an Präsidentenberatern und das Personal des Präsidialamtes verursacht werde.

Am 21.06. erklärte das Verfassungsgericht die Gehaltserhöhung für die Beamten des Finanzministeriums für verfassungswidrig. Dies stärkte zwar dem Staatspräsidenten den Rücken, der das entsprechende Dekret am folgenden Tag, obwohl erste Gehaltszahlungen bereits erfolgt waren, annullierte, verstärkte aber, wie ein Teil der Presse analysierte, den (nicht positiven) Ruf des Gerichtshofs, sich ‚in alles und jedes‘ einzumischen.

Bis zum Ende der Berichtsperiode war der Streik in der Verwaltung nicht beigelegt, die Gespräche zwischen Gewerkschaften und Regierung wurden wieder aufgenommen, eine Lösung war noch nicht abzusehen.

## **BURKINA FASO – SCHLAGZEILEN**

- 1. Meutereien gehen weiter und weiten sich aus**
- 2. Regierungsumbildung / Ernennung von Luc Adolphe Tiao zum Premierminister**
- 3. Demonstrationen von Geschäftsinhabern / Ausdehnung der Meutereien auf die Polizei**
- 4. Subventionen für Grundnahrungsmittel als erste Maßnahmen**
- 5. Kundgebung der Oppositionsparteien in Ouagadougou**
- 6. Pressekonferenz mehrerer Regierungsmitglieder**
- 7. Meuterei in Bobo-Dioulasso / Eingreifen der Präsidentengarde**
- 8. Forderungen der Zivilgesellschaft nach umfassender Bestandsaufnahme der burkinischen Demokratie**

Nach dem weiter unaufgeklärten Tod eines Schülers am 22.02. in Koudougou und Meutereien in der Armee im März, zunächst in Ouagadougou, dann auch in anderen Städten des Landes, konnten über Treffen zwischen Regierung und Vertretern des Militärs, der Justiz, Schülern und Studenten die akuten Spannungen zunächst beigelegt werden.

Allerdings begannen Mitte April auch Angehörige der Präsidentengarde, die zu dem am besten ausgebildeten und bezahlten Teil der Armee gehören, wegen einer versprochenen und nicht sofort ausgezahlten Gehaltszulage, zu meutern. Die Bewegung griff relativ schnell auf die übrigen Militärcamps der Hauptstadt über, wieder zogen Soldaten

schießend und plündernd durch die nächtlichen Straßen. Wieder reagierten die geschädigten Geschäftsleute, setzten am nächsten Morgen öffentliche Gebäude in Brand und bewarfen diese mit Steinen. Aber auch in Städten im Landesinnern (Pô, Tenkodogo) kam es zu Meutereien, in Kaya schlossen sich zum ersten Mal Gendarmen den meuternden Soldaten an. In Koudougou entartete eine zunächst friedliche Kundgebung von Schülern und Studenten.

Am 15.04. löste Blaise Compaoré die Regierung auf und entließ Premierminister Tertius Zongo sowie den Oberbefehlshaber der Armee. Am 19.04. wurde der Journalist und Kommunikationsexperte Luc Adolphe Tiao, seit 2008 Botschafter des Landes in Frankreich, zum Premierminister ernannt. Am 21.04. trat die neue Regierung ihr Amt an. Die allgemein erwartete Öffnung gegenüber der Opposition fand allerdings nicht statt, vielmehr waren alle 29 Ministerposten (vorher 38) mit treuen Gefolgsleuten des Präsidenten und /oder Mitgliedern der Regierungspartei besetzt. Compaoré selbst übernahm das Verteidigungsministerium.

Am 27.04. gingen, wiederum in Koudougou, Geschäftsleute auf die Straße, der Bürgermeister hatte wegen Nichtzahlung von rückständigen lokalen Steuern ca. 40 Läden geschlossen. In Ouagadougou und anderen Städten brachen weitere Meutereien aus, zum ersten Mal waren auch Polizeieinheiten beteiligt. Diesen schlossen sich relativ schnell Polizeieinheiten in anderen Städten des Landes (u.a. Bobo-Dioulasso, Fada N’Gourma, Dédougou) an. Auch sie verlangten Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Ein unbefristeter Streik der Gymnasiallehrer konnte über eine recht schnelle Einigung zwischen Gewerkschaften und Regierung kurzfristig beigelegt werden.

Am 29.04. kündigte der Premierminister als erste Maßnahmen Subventionen für einige Grundnahrungsmittel und Entschädigung für geplünderte Geschäftsleute an. Am folgenden Tag protestierten in Manga Schüler gegen die meuternden Polizisten, eine ihrer Schulkameraden, ein elfjähriges Mädchen, war seinem Wohnhaus durch einen Blindgänger getötet worden.

Gleichzeitig fand in Ouagadougou eine Kundgebung statt, zu der 34 politische Oppositionsparteien aufgerufen hatten. Sie forderten den Wechsel an der Spitze des Staates. Die Beteiligung – ca. 1.000 Personen – entsprach nicht unbedingt den Erwartungen der Organisatoren, trotzdem zeigte sich der Sprecher der Opposition, RA Bénéwendé Sankara, zufrieden.

Dies alles geschieht vor dem Hintergrund einer bereits seit geraumer Zeit wirtschaftlich angespannten Situation, gekennzeichnet durch ein stetiges Ansteigen der Lebenshaltungskosten, sowie, gerade bei den Schülern und Studenten und den der gleichen Altersgruppe angehörenden, zum größten Teil in den letzten Jahren rekrutierten, meuternden Soldaten, die Aussicht auf eine unsichere Zukunft. Hinzu kommt, dass Staatspräsident Blaise Compaoré, seit 24 Jahren an der Spitze des Staates, sich zwar in den letzten Jahren als offizieller Schlichter in vielen innerafrikanischen Konflikten bewährt

hat, dabei aber die Situation im eigenen Land, wie ihm vorgeworfen wird, stark vernachlässigte.

Am 13.05., anlässlich einer Pressekonferenz, an der mehrere Minister teilnahmen, wurden u.a. mögliche politische Reformen angesprochen, sowie die Gespräche, welche die Regierung mit politischen Akteuren, Vertretern der Zivilgesellschaft, traditionellen Oberhäuptern sowie Vertretern der religiösen Gemeinschaften führt. Es wurde auch auf die seit Mitte April eingerichtete ‚Beratende Versammlung für politische Reformen‘ hingewiesen, die zur Einreichung von Reformvorschlägen auffordert.

Am 31.05. brach in Bobo-Dioulasso erneut eine Meuterei aus. Nachdem Soldaten nachts schießend und plündernd durch die Straßen gezogen waren, protestierten am folgenden Tag die geschädigten Händler, die das Angebot, mit Vertretern der Regierung zu verhandeln, ablehnten, indem sie öffentliche Gebäude mit Steinen bewarfen und Feuer legten. Am 03.06. machte die Präsidentengarde der Meuterei mit Waffengewalt ein Ende. Es handelte sich dabei um das erste Mal, dass ein Aufruhr durch gewaltsames Eingreifen beigelegt wurde. Seither ist Ruhe beim Militär eingeleitet.

Allerdings nicht bei der Opposition und der Zivilgesellschaft. Mitte Juni verlangten die Mitarbeiter des Finanzministeriums in einem zeitlich unbegrenzten Sit-in Gehaltszuschläge, die Landwirte, allen voran die Baumwollproduzenten, demonstrierten für Teerstraßen. Oppositionsparteien und Zivilgesellschaft wenden sich vor allem gegen eine Revision des Verfassungsartikels 37, mit der die Beschränkung der Amtszeit des Staatspräsidenten auf zwei Mandate aufgehoben werden soll. Sie lehnen eine Mitarbeit in der ‚Beratenden Versammlung‘, auf deren Agenda auch dieser Punkt steht, rundweg ab.

Nachdem sich im Mai mehrere Nichtregierungsorganisationen, Vereinigungen der Zivilgesellschaft, finanzielle und technische Partnerorganisationen sowie staatliche Institutionen zum Gespräch über Ursachen und Auswirkungen der Krise zusammengefunden hatten und Vorschläge zu deren Beendigung erarbeiteten, gab die ‚Koalition der Organisationen der Zivilgesellschaft für politische und institutionelle Reformen‘ am 10.06. eine öffentliche Erklärung ab, in der unter anderem eine umfassende Bestandsaufnahme der burkinischen Demokratie gefordert wird sowie die umgehende Umsetzung von erstellten Berichten, insbesondere auch des APRM-Berichts, die lediglich auf dem Papier bestünde. Eine Mitarbeit in der ‚Beratenden Versammlung‘ wird, da von Regierungsseite dominiert, abgelehnt.

## TOGO – SCHLAGZEILEN

1. **Soziale Unruhen im Monat Juni**
2. **Streiks im Gesundheitswesen erfolgreich**
3. **Streiks an der Universität von Lomé / Forderungen der Studenten noch nicht erfüllt**
4. **Regierungsumbildung / Wechsel des Gesundheitsministers**
5. **Kundgebungen der Oppositionsparteien aufgelöst**
6. **Tod des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Emmanuel Akakpovi Bob Akitani**
7. **Schuldenerlass durch Deutschland und Frankreich**
8. **Anleihe der Weltbank für den Agrarsektor**
9. **Erste Ergebnisse der Volkszählung (Oktober 2010)**
10. **Größere Ladung an Rauschgift beschlagnahmt**

Die sozialen Unruhen, die im Monat Juni das Land erschütterten, hatten bereits im Vormonat begonnen. Ende Mai begann das Personal der staatlichen Gesundheitseinrichtungen landesweit mit Streiks, die Studenten der Universität Lomé fordern eine Verbesserung ihrer Studienbedingungen. Im Südosten des Landes, einer Region mit den bedeutendsten Phosphatvorkommen, ging die Bevölkerung auf die Straße, um darauf aufmerksam zu machen, dass sie zwar umgesiedelt würde, dafür aber bislang keinerlei Entschädigung erhalten hätte. Dazu kommt die allgemeine Verteuerung der Lebenshaltungskosten, der Preis für Strom stieg um 30%, der für Benzin um 13%.

Nachdem das Gesundheitspersonal Ende Mai nach 72-stündigem Streik die Arbeit und auch die Verhandlungen mit der Regierung wieder aufgenommen hatte, blieben, da letztere ergebnislos verliefen, die Gesundheitseinrichtungen im Monat Juni großteils geschlossen. Die Gewerkschaften des Gesundheitssektors fordern die Umsetzung der mit der Regierung bereits in den Jahren 2008 und 2010 unterzeichneten Abkommen, in denen es um Gehaltserhöhungen und –zulagen für das Personal der staatlichen Gesundheitseinrichtungen geht. Die togoischen Ärzte sollen zu den am schlechtesten bezahlten in Westafrika gehören.

In einer weiteren Verhandlungsrunde am 12.06. beharrte die Regierungsseite, trotz weitgehender Zugeständnisse seitens der Gewerkschaften, auf ihrer Position, was zu einer Verschärfung des Streiks führte. Die staatlichen Gesundheitszentren und kleineren Gesundheitsstationen am Stadtrand blieben ganz geschlossen, in den übrigen gab es spärliche Notdienste, Beobachter bezeichneten die Position der Regierung als unverantwortlich.

Am 17.06. wurde der Gesundheitsminister, Komlan Mally, seines Amtes enthoben und durch Charles Kondi Agba (bislang Leiter der togoischen APRM-Kommission) ersetzt.

Charles Kondi Agba leitete bereits von Dezember 2007 bis September 2008 unter Premierminister Komlan Mally das Gesundheitsministerium.

Am gleichen Tag wurde in einem Kompromiss zwischen Regierung und Gewerkschaften bereits einigen Gehaltszuschlägen zugestimmt, die Diskussionen über deren endgültige Höhe und auch der Streik - ohne Einrichtung von Notdiensten - gingen weiter. Als schließlich am 23.06. die Forderungen der Streikenden erfüllt wurden, wurde auch die Arbeit wieder aufgenommen.

Gleichzeitig, ebenfalls ab Ende Mai, kam es zu Unruhen auf dem Universitätsgelände, die am 25.05. begannen, als nach einer Generalversammlung, zu der das ‚Mouvement pour l’émancipation des étudiants du Togo‘ (MEET) aufgerufen hatte, die Studenten dem Rektor der Universität die Ergebnisse der Sitzung überbringen wollten. Dieser rief die Sicherheitskräfte zu Hilfe, die mit Tränengas und Schlagstöcken die Studenten auseinandertrieben. Verlangt wurde die Aufhebung des neu eingeführten (internationalen) LMD-(Licence-master-doctorate)-Systems, für dessen Einführung keinerlei Vorbereitungen getroffen worden seien, z. B. fänden keine Förderkurse mehr statt, Bibliotheken sollten besser mit Büchern ausgestattet, Amphitheater gebaut werden, Transport und Verpflegung sollten kostenfrei sein, die Stipendien erhöht werden.

Die Universität wurde geschlossen und, nach Unterzeichnung eines Abkommens zwischen Regierung, Universität und Studentengewerkschaften, am 15.06. wieder geöffnet. Als sich der ‚MEET‘ von diesem Abkommen distanzierte, kam es erneut zu einem Schlagabtausch zwischen Sicherheitskräften und Studenten. Der MEET-Vorsitzende wurde, zusammen mit fünf weiteren Kommilitonen, wegen „Störens der öffentlichen Ordnung“ festgenommen. Am folgenden Tag wurde ein Marsch der Studenten zum Präsidentenpalast, mit der Forderung nach Befreiung ihrer festgenommenen Kommilitonen, mit Tränengas verhindert.

Die unabhängige ‚Gewerkschaft der Hochschullehrer‘ (SEST) bezeichnete die Forderungen der Studenten als durchaus begründet und sprach sich für die Beibehaltung des LMD-Systems aus, allerdings unter der Bedingung, dass die Universität dazu technisch in die Lage versetzt werde. Unter anderem fehle es an Personal, Amphitheatern, Material; eine umfassende Modernisierung sei mehr als überfällig.

Am 18.06. wurden, aufgrund der Intervention des Staatspräsidenten, die festgenommenen Studenten freigelassen, der Ausschluss des MEET-Vorsitzenden von der Universität Lomé führte allerdings zu weiteren Streiks. Am 22.06., als Sicherheitskräfte eine Generalversammlung mit Hilfe von Tränengas und Schlagstöcken auflösten, kam es wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, die den ganzen Tag andauerten und bei denen es Verletzte gab. Bis zum Ende der Berichtsperiode hatte sich die Situation zwar beruhigt, die Verhandlungen waren aber noch nicht abgeschlossen.

Die Oppositionsparteien führten im Berichtszeitraum ihre regelmäßigen Kundgebungen weiter. Am 16.06. wurde eine Demonstration in Lomé (Stadtteil Bè), mit der die Parteienkoalition ‚FRAC‘ die Abgeordneten auf eine geplante Verfassungsänderung aufmerksam machen und sie auffordern wollte, dieser nicht zuzustimmen, gewaltsam aufgelöst. Bei der vorgesehenen Änderung der Verfassung geht es einerseits um Verfassungsartikel, die die Rechte, Pflichten und bürgerlichen Freiheiten (Recht auf Versammlung) betreffen, aber auch um ein mögliches Aufweichen der in der Verfassung verankerten Gewaltenteilung.

Am 23.06. wurde eine weitere Kundgebung der ‚FRAC‘ gegen die geplante Verfassungsänderung von Sicherheitskräften aufgelöst, am 30.06. sollte durch Werfen von Tränengas in das Anwesen des ANC-Vorsitzenden Jean-Pierre Fabre, dieser offensichtlich daran gehindert werden, sein Haus zu verlassen und an einer weiteren Kundgebung teilzunehmen.

Am 16.05. verstarb im Alter von 80 Jahren der ehemalige Präsidentschaftskandidat der Opposition und Gründungsmitglied der UFC (Partei von Gilchrist Olympio), Emmanuel Akakpovi Bob Akitani. Er hatte sich im April 2005, als die Kandidatur seines Schwagers, Gilchrist Olympio, nicht zugelassen war, für die Oppositionsparteien zur Wahl gestellt. Nachdem Faure Gnassingbe die Wahl gewonnen hatte, zog sich Akitani aus der aktiven Politik zurück.

Die Weltbank stimmte Mitte April einer nicht rückzahlbaren Anleihe in Höhe von 25,8 Mio. EUR als Unterstützung der togoischen Regierung bei der Umsetzung des Nationalen Investitionsprogramms für Landwirtschaft und Ernährungssicherung zu.

Im Mai erließ Frankreich dem Land seine Schulden in Höhe von insgesamt 101,1 Mio. EUR. Die Bundesrepublik Deutschland folgte im Juni mit einem Schuldenerlass in Höhe von ca. 18 Mio. EUR um, wie der deutsche Botschafter in Lomé, anlässlich der Unterzeichnung der entsprechenden Abkommen, erklärte, zur Reduzierung der Außenschulden des Landes beizutragen und dessen wirtschaftliche Reformen zu unterstützen.

Nach Anfang Mai veröffentlichten Zahlen des im vergangenen Oktober (2010) durchgeführten Zensus in Togo soll das Land 5,7 Mio. Einwohner haben, auf 85 Männer kämen 100 Frauen.

Eine Ladung von für den europäischen Markt bestimmten nahezu 200 kg Kokain aus Südamerika konnte Mitte Juni im Hafen von Lomé beschlagnahmt werden. Wie die togoische Polizei mitteilte, soll, wie in anderen westafrikanischen Ländern auch, der Transit von Drogen über den Hafen und Flughafen von Jahr zu Jahr zunehmen.

### **Ralf Wittek**

Der Autor ist Leiter der Vertretung der Hanns-Seidel-Stiftung in Westafrika.

Bericht erstellt unter Mitarbeit von Brigitte Mäntele-Enweani.

Die Autorin ist freie Mitarbeiterin der Hanns-Seidel-Stiftung in Cotonou / Benin.

**IMPRESSUM**

Erstellt: 07.07.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: [ijz@hss.de](mailto:ijz@hss.de) | [www.hss.de](http://www.hss.de)